

Tatkraft und Vertrauen

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) in Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, italicized, red sans-serif font.

Grundsatz-
Erklärung
der CDU
Baden-
Württemberg
zum
Landtagswahlkampf
1972

Inhaltsverzeichnis:

Seite

1.	Unser Standort	1
2.	Staat und Gesellschaft	3
3.	Bildungspolitik	5
4.	Wirtschaftspolitik	10
5.	Stabilität und Wachstum	13
6.	Außenpolitik	15
7.	Sozialpolitik	18
8.	Finanzpolitik	21
9.	Landwirtschaft	24
10.	Umweltschutz	26
11.	Landesentwicklung	28
12.	Zukunftsplanung	30
13.	Gesundheitspolitik	31
14.	Demokratie und Rechtsstaat	33
15.	Staatsorganisation, Föderalismus, Selbstverwaltung	35

Verzeichnis

1	Landesparlament
2	Landesrat und Landesversammlung
3	Landesregierung
4	Landesminister
5	Landesministerien
6	Landesministerpräsident
7	Landesministerpräsidenten
8	Landesministerpräsidenten
9	Landesministerpräsidenten
10	Landesministerpräsidenten
11	Landesministerpräsidenten
12	Landesministerpräsidenten
13	Landesministerpräsidenten
14	Landesministerpräsidenten
15	Landesministerpräsidenten
16	Landesministerpräsidenten
17	Landesministerpräsidenten
18	Landesministerpräsidenten
19	Landesministerpräsidenten
20	Landesministerpräsidenten
21	Landesministerpräsidenten
22	Landesministerpräsidenten
23	Landesministerpräsidenten
24	Landesministerpräsidenten
25	Landesministerpräsidenten
26	Landesministerpräsidenten
27	Landesministerpräsidenten
28	Landesministerpräsidenten
29	Landesministerpräsidenten
30	Landesministerpräsidenten
31	Landesministerpräsidenten
32	Landesministerpräsidenten
33	Landesministerpräsidenten
34	Landesministerpräsidenten
35	Landesministerpräsidenten
36	Landesministerpräsidenten
37	Landesministerpräsidenten
38	Landesministerpräsidenten
39	Landesministerpräsidenten
40	Landesministerpräsidenten
41	Landesministerpräsidenten
42	Landesministerpräsidenten
43	Landesministerpräsidenten
44	Landesministerpräsidenten
45	Landesministerpräsidenten
46	Landesministerpräsidenten
47	Landesministerpräsidenten
48	Landesministerpräsidenten
49	Landesministerpräsidenten
50	Landesministerpräsidenten
51	Landesministerpräsidenten
52	Landesministerpräsidenten
53	Landesministerpräsidenten
54	Landesministerpräsidenten
55	Landesministerpräsidenten
56	Landesministerpräsidenten
57	Landesministerpräsidenten
58	Landesministerpräsidenten
59	Landesministerpräsidenten
60	Landesministerpräsidenten
61	Landesministerpräsidenten
62	Landesministerpräsidenten
63	Landesministerpräsidenten
64	Landesministerpräsidenten
65	Landesministerpräsidenten
66	Landesministerpräsidenten
67	Landesministerpräsidenten
68	Landesministerpräsidenten
69	Landesministerpräsidenten
70	Landesministerpräsidenten
71	Landesministerpräsidenten
72	Landesministerpräsidenten
73	Landesministerpräsidenten
74	Landesministerpräsidenten
75	Landesministerpräsidenten
76	Landesministerpräsidenten
77	Landesministerpräsidenten
78	Landesministerpräsidenten
79	Landesministerpräsidenten
80	Landesministerpräsidenten
81	Landesministerpräsidenten
82	Landesministerpräsidenten
83	Landesministerpräsidenten
84	Landesministerpräsidenten
85	Landesministerpräsidenten
86	Landesministerpräsidenten
87	Landesministerpräsidenten
88	Landesministerpräsidenten
89	Landesministerpräsidenten
90	Landesministerpräsidenten
91	Landesministerpräsidenten
92	Landesministerpräsidenten
93	Landesministerpräsidenten
94	Landesministerpräsidenten
95	Landesministerpräsidenten
96	Landesministerpräsidenten
97	Landesministerpräsidenten
98	Landesministerpräsidenten
99	Landesministerpräsidenten
100	Landesministerpräsidenten

Herausgeber: CDU Baden-Württemberg Pressestelle
 7 Stuttgart, Hohenheimer-Str. 9

In der Landtagswahl am 23. April 1972 geht es darum, ob die erfolgreiche baden-württembergische Landespolitik, die unser Land zu einem der chancenreichsten Räume Westeuropas gemacht hat, künftig fortgeführt werden kann.

Diese Landespolitik wurde entscheidend von der CDU geprägt.

Es geht bei dieser Wahl aber auch darum, ob der Bundesrat als ein Gesetzgebungsorgan der Bundespolitik künftig durch eine SPD-Mehrheit gleichgeschaltet wird, oder ob er durch eine Mehrheit der CDU-Länder seine Kontrollfunktion wahren kann. In der Landtagswahl fällt somit auch eine wichtige bundespolitische Vorentscheidung. Wer die Ereignisse der letzten Monate aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß wir an einer politischen Wendemarke stehen. Dies gilt in erster Linie für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, aber auch für die Außen- und Europapolitik.

Deshalb will die CDU in dieser Erklärung ihre Position in den grundsätzlichen politischen Fragen feststellen. Die Erklärung verzichtet bewußt auf eine Addition von Wunschprogrammen, die dem Wähler nur Sand in die Augen streut. Die CDU denkt nicht daran, mit den konkurrierenden Parteien in einen Wettstreit um größere Versprechungen einzutreten. Aus Verantwortung für das Ganze muß die CDU mit Nachdruck auf die Begrenzungen des politischen Handlungsspielraums hinweisen.

Sie ergeben sich aus wirtschafts- und finanzpoli-
tischen Tatsachen. Die CDU will, daß die Politik aus
dem Wunschenken herausfindet und soliden Boden unter
die Füße bekommt. Jede andere Politik scheitert und bringt
Gesellschaft und Staat in die größte Gefahr. Auch hier-
über entscheiden unsere Bürger am 23. April 1972.

1. Unser Standort

Es gibt kein Patentrezept für die Zukunft. Auch die CDU kann und will ein solches Patentrezept nicht vorlegen. Aber es steht fest, daß die Zukunft nicht gewonnen werden kann durch Ideologisierung und Rückgriffe auf längst widerlegte Gesellschaftsmodelle, sondern nur durch praktische Vernunft, Toleranz und Festigkeit in Fragen der Wertordnung.

Im Mittelpunkt ihrer Wertordnung sieht die CDU den Menschen. Seine Würde und seine Freiheit gegen jede erneute Bedrohung zu verteidigen und sein Wohlergehen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu fördern, betrachtet die CDU als das Ziel ihrer politischen Tätigkeit. Diesem Ziel zu dienen ist die Aufgabe aller politischer Kräfte. Ihm sind in der politischen Auseinandersetzung parteitaktische Ziele unterzuordnen.

Die CDU ist und bleibt Volkspartei. Sie dient allen Gruppen der Bevölkerung. Sie betrachtet mit Sorge, wie SPD und FDP sich mehr und mehr darauf beschränken, einseitig die Interessen einzelner Gruppen zu vertreten.

Die CDU ist überzeugt davon, daß eine moderne Politik fortschrittlich sein muß. Sie hat seit ihrer Gründung nach dieser Einsicht gehandelt. Aber die CDU versteht unter Fortschritt nicht jede Veränderung schlechthin, sondern nur die Veränderung zum Besseren. Die CDU weiß

auch, daß eine risikofreie Politik nicht möglich ist. Sie wägt aber die Risiken und Chancen politischer Handlungsmöglichkeiten nüchtern und vorurteilsfrei gegeneinander ab. Politische Experimente, deren Risiken unkalkulierbar sind, lehnt die CDU ab.

In dieser Grundhaltung weiß sich die CDU mit Teilen der SPD und FDP einig. Die entscheidende Trennungslinie verläuft quer durch SPD und FDP. Noch versucht die Führung dieser Parteien alles, um das zu verbergen. Aber auf den Parteitagen werden die Trennungslinien deutlich markiert. Die Öffentlichkeit beobachtet aufmerksam, wie lange diese beiden Parteien den wachsenden Einfluß ihrer ideologisierten Flügel tatenlos hinnehmen, um einer nach außen zur Schau getragenen Einheit willen, die im Inneren nicht mehr besteht.

2. Staat und Gesellschaft

Das Gesellschaftsbild, an dem sich die Politik der CDU orientiert, wird durch folgende Merkmale bestimmt:

Wir wollen eine Gesellschaft freier Bürger, die eigenständig ihr Leben gestalten.

Wir wollen eine leistungsorientierte Gesellschaft; denn ohne Ansporn zur Leistung gibt es keinen Fortschritt, sondern vielmehr - im Wettbewerb mit den übrigen Nationen - nur Rückschritt.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, vor allem aber Chancengleichheit in höchstmöglichem Umfang verwirklicht ist. Aber ein System, wie es linken Sozialisten vorschwebt, das die Freiheit beeinträchtigen und den Leistungswillen lähmen würde, kann nicht als sozial gerecht bezeichnet werden.

Wir wollen schließlich eine Gesellschaft, die sich trotz des Veränderungsprozesses der modernen Industriewelt die Bindung an sittliche Grundwerte bewahrt; denn eine Gesellschaft, die nicht von einer Wertordnung zusammengehalten wird, ist der Gefahr der Auflösung ausgesetzt.

Dieses Gesellschaftsbild ist in seinen wesentlichen Punkten durch das Grundgesetz vorgegeben. Es entspricht zugleich der christlichen Wertordnung, der sich die CDU

verpflichtet weiß. Wir halten daran fest, daß die christliche Wertordnung unsere Kultur bis zum heutigen Tag entscheidend prägt und auch ihre Fortentwicklung und ihren Fortbestand in der Zukunft ermöglicht.

Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung muß von einem realistischen Menschenbild ausgehen. Sie kommt an der menschlichen Grundtatsache nicht vorbei, daß auch das Eigeninteresse zu den Bestimmungsgründen des Verhaltens gehört. Eine Gesellschaftsordnung, die diese Tatsache verleugnet, ist entweder utopisch oder sie setzt sich dem Verdacht aus, daß sie die Freiheit der persönlichen Entfaltung im Kern angreift. Die Menschenwürde erfordert, daß die Rechtsordnung den Freiheitsraum des Einzelnen nur beschränkt, soweit dies wegen der Grundrechte anderer oder im unabweisbaren Interesse der Gemeinschaft nötig ist.

3. Bildungspolitik

Unter der Führung der CDU sind in Baden-Württemberg grundlegende Fortschritte im Bildungsbereich erzielt und wesentliche Teile der Bildungsreform verwirklicht worden:

Leistungsfähige Nachbarschaftsschulen haben das regionale und soziale Bildungsgefälle abgebaut. Ein vorbildliches Sonderschulwesen ist aufgebaut worden. Realschulen und Gymnasien wurden vermehrt und erneuert. Leistungsfähige Bildungszentren auf dem Lande wurden geschaffen. Eine richtungsweisende Konzeption für das Berufsschulwesen liegt vor und ist in Testgebieten erprobt. Die beruflichen Gymnasien und Berufsfachschulen stehen in Zahl und Entwicklung an der Spitze der Bundesländer. Die Landeszuschüsse für die Hochschulen wurden seit der Bildung des Landes auf das Neunzehnfache gesteigert. Die Bundesregierung hat die planerischen und wissenschaftlichen Vorarbeiten für die Reform des Bildungswesens größtenteils vom Lande Baden-Württemberg übernommen und sich damit einen planerischen Rückstand von mehreren Jahren erspart.

Die Fortsetzung dieser Politik der Reformen ist jetzt ernstlich bedroht, weil die SPD-FDP-Koalition in Bonn sich als unfähig erwiesen hat, das Schlüsselproblem der Bildungspolitik der 70er Jahre zu lösen:

die Finanzierung.

Der Bund hat immer noch nicht festgelegt, welche Mittel zur Finanzierung der Bildungsreform zur Verfügung stehen. Ohne Zuweisung erheblicher Finanzmittel durch den Bundesgesetzgeber an die Länder ist der weitere Fortgang der Bildungsreform in Frage gestellt, da die Länder die finanzielle Hauptlast für Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Erwachsenenbildung und Sportförderung zu tragen haben. Der Bund weckt Reformwünsche, überläßt aber die Finanzierung den Ländern und den Gemeinden.

Die CDU fordert deshalb eine Finanzausstattung der Länder und Gemeinden, welche in den kommenden Jahren die Finanzierung folgender Ziele sicherstellt:

Unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit, die soziale Benachteiligung verbietet und jedem jungen Menschen das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung gibt, wird die CDU dem Ausbau der Kindergärten, der vorschulischen Erziehung, der Verbesserung der Grundschule, dem Abbau des Lehrermangels und der Beseitigung der Engpässe an den Hochschulen Vorrang einräumen.

Wir wollen, daß für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr der Besuch eines Kindergartens ermöglicht wird.

Wir wollen eine kindgemäße vorschulische Erziehung einführen.

Wir streben im Grundschulbereich eine erhebliche Verringerung der Klassenstärke an.

Das Sonderschulwesen - vom Sonderschulkindergarten bis zur beschützenden Werkstatt - wird weiter ausgebaut. Die Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen wird verstärkt, die Stoffpläne werden entsprechend aufeinander abgestimmt. Die Oberstufe der Gymnasien wird reformiert. Das berufliche Schulwesen wird vordringlich ausgebaut, so daß seine Gleichwertigkeit und die Gleichzeitigkeit seiner Abschlüsse gesichert und die beruflichen und schulischen Aufstiegsmöglichkeiten gewährleistet sind. Im Hochschulbereich tritt die CDU der Gefährdung der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium entschieden entgegen. Die Gewährleistung rechtsstaatlicher Verhältnisse ist Voraussetzung für das Gelingen der Hochschulreform. Die Hochschulen müssen personell und räumlich voll ausgelastet werden. Die Neuordnung der Studiengänge und die Verkürzung der Studienzeiten müssen erleichtert werden. Illusionen über die Chancen einzelner akademischer Berufe müssen abgebaut werden. Berufsaufklärung und Berufsberatung müssen die Schüler und Studenten vor falscher Wahl des Studienfaches warnen und davor schützen, aussichtslose Berufe zu wählen.

Damit sind wir gegen jede Gleichmacherei in der Schul- und Hochschulpolitik.

In diesen Zielen bestehen für die CDU die bildungspolitischen Prioritäten. Wir sind uns bewußt, daß sie nur schrittweise verwirklicht werden können.

Die CDU sieht die Familie - im Zusammenwirken mit der Schule - als die verantwortliche Trägerin für Erziehung und Bildung. Erziehung ist ohne Selbstbewußtsein der Erziehenden und ohne Anforderungen an die Jugendlichen, ohne Autorität und Persönlichkeit, nicht

denkbar. Die CDU wünscht ein offenes menschliches Verhältnis zwischen den Generationen, frei von Anmaßung der Älteren und frei von Anmaßung der Heranwachsenden.

Schule und Hochschule, aber auch alle anderen Einrichtungen für die Ausbildung und Fortbildung unserer Bürger bedürfen in Zukunft einer verstärkten Unterstützung durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Diesen wichtigen Auftrag im Dienst an der Gesellschaft kann der Rundfunk neben seinen sonstigen Aufgaben nur erfüllen, wenn die Programmfreiheit gewährleistet bleibt und die wirtschaftlichen Grundlagen der Rundfunkanstalten gesichert werden. Eine Änderung der bestehenden Rundfunkstruktur im Südwestraum, die den Rundfunkteilnehmern bisher ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Programmangebot garantiert, kommt für die CDU nur in Betracht, wenn die wirtschaftliche Entwicklung eine Zusammenfassung in grösseren organisatorischen Einheiten notwendig macht. Eine solche Neuorganisation darf sich nicht allein an den bestehenden Ländergrenzen orientieren. Sie muß die besonderen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge im Südwestraum beachten, für die möglichen Ergebnisse einer Länderneugliederung offenbleiben und den Interessen und Bedürfnissen der Rundfunkteilnehmer in allen Teilen dieses Gebiets gerecht werden.

Die CDU weiß, wie wichtig der Sport für den Menschen aller Altersstufen ist. Besondere Bedeutung mißt sie dem Schulsport, dem Breiten - Leistungssport der Vereine, aber auch dem nicht gebundenen Freizeitsport bei.

Der außerschulischen Jugendarbeit wird die CDU gesteigerte Aufmerksamkeit widmen. Durch Schaffung von geeigneten Jugendräumen sollen auch nicht organisierten Jugendlichen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung gegeben werden. Pädagogische und organisatorische Unterstützung sollen zu einem geeigneten Angebot führen.

Die begonnenen Reformen sind so weiterzuführen, daß die Hochschulen nicht ihren eigentlichen Aufgaben in Lehre und Forschung durch eine auf Mißbrauch ausgerichtete Politisierung entfremdet werden.

4. Wirtschaftspolitik

Nach Auffassung der CDU entspricht das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft nach wie vor am besten den gesellschaftspolitischen Erfordernissen. Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft ist wesentlich mehr als ein gegenwartsbezogenes ökonomisches Organisationsmodell. Eine Demokratie im Geiste unseres Grundgesetzes ist ohne soziale Marktwirtschaft nicht vorstellbar.

Nach Auffassung der CDU kommt eine Abkehr vom marktwirtschaftlichen System nicht in Frage.

Die CDU erblickt aber in einer vermehrten Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Produktivvermögen eine zentrale politische Aufgabe. Dies darf allerdings nicht auf Kosten der Kapitalbildung gehen, die für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unerlässlich ist.

Den linken Utopisten erwidern wir:

Es gibt keine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft, die nicht letztlich in Planwirtschaft enden würde. Planwirtschaft bedeutet aber zwangsläufig Einschränkung der Individualfreiheit, Tendenzen zum Kollektivismus, zur Bürokratisierung und zum planwirtschaftlichen Leerlauf. Dies bestätigt die Erfahrung in allen Ländern, in denen planwirtschaftliche Modelle verwirklicht sind.

Eine Marktwirtschaft ist nicht denkbar ohne unternehmerische Freiheit. Eine Marktwirtschaft ist aber auch nicht möglich ohne einen gesunden Mittelstand. Unternehmen müssen Gewinne erzielen, denn ohne Gewinne gibt es keine Investitionen, ohne Investitionen gibt es keinen technischen Fortschritt, kein Wachstum, keine Sicherheit der Arbeitsplätze, keine sozialen Verbesserungen. Die einseitige Polemik der Neomarxisten gegen Unternehmer und Unternehmergewinne geht an wesentlichen wirtschaftspolitischen Grunderkenntnissen vorbei.

Die CDU weiß, daß sie in den 70iger Jahren für Fortbestand und Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft kämpfen muß. Der Steuerparteitag der SPD im November 71 hat der Öffentlichkeit vor Augen geführt, wie stark die Kräfte in dieser Partei sind, die die Steuerpolitik als revolutionären Hebel gegen die Marktwirtschaft ansetzen wollen. Die CDU verkennt nicht, daß auch ein Teil der SPD-Partei-führung diese Entwicklung mit Sorge betrachtet. Die CDU kann aber auch nicht übersehen, daß die besonnenen Sozialdemokraten immer weniger Aussicht haben, die Marktwirtschaft gegen einen immer stärker werdenden Flügel ihrer eigenen Partei zu verteidigen. Wenn die SPD Gelegenheit bekäme, die Beschlüsse ihres Parteitages zu verwirklichen, wäre ein gefährlicher wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Kurswechsel in der Bundesrepublik vollzogen. Er würde zunächst den gewerblichen Mittelstand treffen.

Der erste Schritt zu einem Sozialismus wäre getan, der alle ärmer macht.

Der Godesberger Parteitag der SPD von 1958 war ein Wendepunkt auf dem politischen Weg dieser Partei. Es spricht manches dafür, daß auch der Bonner Parteitag des Jahres 1971 ein Wendepunkt ist, allerdings zurück in die Richtung, aus der die SPD ursprünglich hergekommen ist.

5. Stabilität und Wachstum

Die inflationäre Entwicklung in der Bundesrepublik hat in der letzten Zeit ein Ausmaß erreicht, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Hierzu hat die internationale Entwicklung gewiß beigetragen. Gewichtige innenpolitische Fehler und Unterlassungen haben indessen den Ausschlag gegeben. Durch eine Politik, die sich reformfreundlich gibt, der aber die finanzielle Absicherung völlig fehlt, droht ein gefährlicher Anstieg der Staatsverschuldung. Durch die einseitige Teilnahme der höchsten SPD-Gremien in Tarifkonflikten hat die Bundesregierung jedes moralische Gewicht verloren, um auf die Tarifpartner im Sinne der wirtschaftlichen Vernunft mäßigend einzuwirken.

Bundesregierung und Regierungskoalition sind unter dem Druck der eigenen Linken wirtschaftspolitisch nicht mehr handlungsfähig. Die stark exportorientierte Wirtschaft unseres Landes läuft Gefahr, wichtige Märkte zu verlieren. Sie muß nicht nur die Folgen einer zweimaligen Aufwertung ertragen, sondern sie ist auch einem wachsenden Kostendruck ausgesetzt.

Die CDU hat bewiesen, daß sie auch in politisch schwierigen Situationen handlungsfähig bleibt. Sie hält eine wirksame Stabilitätspolitik für eine grundsätzliche Voraussetzung von Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Fortschritt. Nur dann lassen sich Vorhaben vollenden, die heute als Reformruinen stehen bleiben. Ohne Stabilität gibt es auch keine soziale Gerechtigkeit.

Am 23. April 1972 fällt die Bevölkerung in Baden-Württemberg eine Entscheidung, die für den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs in der Bundesrepublik große Bedeutung hat.

6. Außenpolitik

Die CDU will den Frieden und ein gutes Verhältnis zu allen Nachbarn. CDU-Politik war von Anfang an Friedenspolitik. Der Verzicht auf Gewalt gehörte zu den tragenden Grundsätzen der CDU-Außenpolitik. In diesen Punkten gibt es keine Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen demokratischen Parteien. Die Politik der CDU hat das enge Bündnis und die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Westen geschaffen. Die CDU will auch die Verständigung mit dem Osten. Auch der Ministerpräsident der Sowjetunion hat anerkannt, daß der Vorsitzende der CDU mit ihm im Streben nach Frieden und Zusammenarbeit einig sei. Aber die CDU ist entschlossen, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat in der im Grundgesetz vorgeprägten Form zu erhalten. Sie lehnt jede Systemänderung in Richtung auf sozialistische Staats- und Gesellschaftsformen ab. Im Unterschied zur SPD/FDP-Regierungskoalition hält die CDU im Rahmen vertraglicher Regelungen mit den östlichen Nachbarn folgende Forderungen für unabdingbar: Die Anerkennung des Ziels der politischen Einigung des freien Europas und der Realität der EWG, des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen sowie die Sicherung der Menschenrechte, insbesondere der Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen in ganz Deutschland.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der CDU und der SPD/FDP in der Außenpolitik beruhen darüber hinaus auf einer unterschiedlichen Beurteilung der Chancen und Risiken der Ostpolitik. Die CDU befürchtet, daß das

Ergebnis der SPD/FDP-Politik eine Auflockerung des Bündnisses mit den westlichen Demokratien und einen Machtzuwachs für die Sowjetunion in Europa sein könnte. Diese sowjetische Machtposition könnte die Chance der Bundesrepublik, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren und in ein politisch geeintes Europa einzubringen, erheblich vermindern. Daß die Sowjetunion eine innenpolitische Annäherung an die Verhältnisse im Westen um keinen Preis wünscht, haben ihre militärischen Pressionen auf Polen, Rumänien und Jugoslawien deutlich bewiesen.

Die CDU ist darüber hinaus besorgt, daß die SPD/FDP-Ostpolitik zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze führt, den politischen Weg zur Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat ebnet und es hinnimmt, daß Berlin nicht konstitutiver Teil der Bundesrepublik sein soll, während die östlichen Vertragspartner keine jener Leistungen erbringen, die zur Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa notwendig sind.

Die CDU hätte demgegenüber ihre Ostpolitik wesentlich stärker nach Westen abgesichert, sie hätte nicht in dem Maße Konzessionen gemacht, wie dies die SPD/FDP-Bundesregierung getan hat. Sie hätte sich vor allem nicht in einer so lebenswichtigen Frage unter Zeitdruck und Erfolgszwang gesetzt und die Zusammenarbeit mit der Opposition brüsk abgelehnt, die praktisch die Hälfte der Wähler vertritt. Wenn die Verständigungsbereitschaft der Sowjetunion echt ist, wird sie durch längere und sorgfältige Verhandlungen nicht beeinträchtigt.

Die CDU unseres Landes wird sich bei der Beurteilung der Ostverträge nach diesen Maßstäben richten. Ihre Haltung zur Ratifizierung der Verträge beruht auf einer

nüchternen Prüfung der Vorteile und Nachteile für Deutschland und für Europa.

Jeder Wähler der CDU muß damit rechnen, daß die CDU den Ostverträgen nicht zustimmen wird, es sei denn, daß bis zum Tag der Entscheidung neue Tatsachen nachgewiesen werden, die im Interesse des Friedens, im Interesse der Selbstbestimmung der Deutschen, im Interesse der Erhaltung der demokratischen Freiheit in der Bundesrepublik und im Interesse Europas eine andere Entscheidung rechtfertigen.

Die CDU Baden-Württemberg wird sich dafür einsetzen, daß die innenpolitische Diskussion über die Ost- und Deutschlandspolitik sachlich und nüchtern geführt wird. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird ihre schwerwiegenden politischen und rechtlichen Bedenken gegen die Verträge von Moskau und Warschau bei den weiteren Beratungen im Bundesrat nachdrücklich geltend machen.

7. Sozialpolitik

Wachsende Wirtschaftskraft und stabiles Geld erweitern den Aktionsbereich für sozialpolitische Initiativen. Eine auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Sozialpolitik ist unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Zu der von uns angestrebten freien und chancengerechten Gesellschaft gehört eine gerechte Beteiligung derjenigen Gruppen unseres Volkes am erarbeiteten Sozialprodukt, die ihre Ansprüche nicht selbst im Verteilungskampf durchsetzen können. Eine konstruktive Gesellschaftspolitik will deshalb durch Vorbeugung Schaden abwenden und mit einer sinnvollen Rehabilitation die Betroffenen in die Gesellschaft eingliedern.

a) Sicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit

Es ist vordringlich, das abgesunkene Rentenniveau anzuheben und den Rentnern damit den ihnen seit 1957 verbrieften Anspruch auf Beteiligung am Zuwachs des Ertrags unserer Wirtschaft zu sichern. Die Anhebung des Rentenniveaus und eine den Bedürfnissen der älteren Arbeitnehmer gerechtwerdenden Form der flexiblen Altersgrenze müssen nebeneinander verwirklicht werden.

b) Sicherung der Frau und der Selbständigen

Eine Verbesserung der sozialen Sicherung der Frau wird für die CDU auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe bleiben. Die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige zu gleichen Rechten und Pflichten

muß zügig realisiert werden.

c) Erziehungskraft der Familie

Eine große Aufgabe der Sozialpolitik liegt in der Stärkung der Familie und in einer nachhaltigen Verbesserung der Chancengleichheit. Diese Gesichtspunkte spielen insbesondere beim Ausbau des badenwürttembergischen Bildungswesens eine wichtige Rolle.

d) Kriegsgeschädigte

Die erfolgreichen Bemühungen um die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler sind fortzusetzen.

e) Kriegsopfer und ältere Menschen

Die Einbeziehung der älteren Menschen in das vielfältige Leben der modernen Gesellschaft bleibt eine Daueraufgabe. Die Teilhabe der Kriegsopfer an den Verbesserungen der Lebensverhältnisse ist nach wie vor eine wesentliche Aufgabe der CDU.

f) Behinderte

Die Sorge für behinderte Menschen sollte sich insbesondere darauf richten, ihnen die Teilnahme am Berufs- und Erwerbsleben und in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Der erfolgreiche Ausbau von Einrichtungen der beruflichen und medizinischen Rehabilitation wird fortgesetzt.

g) Wohnungsbau

Die CDU wird im Interesse der Mieter und der Wohnungsuchenden sich gegen alle Maßnahmen wenden, die die Wohnungsbautätigkeit lähmen und die Wohnungsversorgung weiter erschweren könnten. Sie wird ihre auf breite Streuung des Wohneigentums, des sozialen Wohnungsbaues und der Modernisierung des Altbauhauses gerichtete Politik tatkräftig fortsetzen. Solange die CDU in der Bundesrepublik die Verantwortung getragen hat, sind in der Wohnungsversorgung der Bevölkerung Jahr um Jahr Verbesserungen erzielt worden. In der Zukunft wird das nur der Fall sein können, wenn die verlorene Stabilität zurückgewonnen, die Wirtschaftskraft weiter gesteigert wird und die Anreize zur Investition privaten Kapitals im Wohnungsbau bestehenbleiben. Dafür wird sich die CDU mit allem Nachdruck einsetzen. Spekulativen Auswüchsen auf dem Grundstückmarkt wird sie im Rahmen der Sozialbildung des Eigentums entgegenwirken.

h) Arbeitnehmerkammern

Um den Arbeitnehmer am Entscheidungsprozeß in der Industriegesellschaft verstärkt teilnehmen zu lassen, sind neben den bestehenden Industrie- und Handelskammern Arbeitnehmerkammern zu errichten.

8. Finanzpolitik

Durch Verschulden der SPD/FDP-Koalition im Bund sind die Finanzverhältnisse in Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten zwei Jahren in große Unordnung geraten. Im Lande Baden-Württemberg droht eine 18jährige konsequente Politik des Aufbaus und der planvollen Reformen in ernste Schwierigkeiten zu geraten, weil die SPD/FDP-Bundesregierung sich außerstande sieht, für jene Aufgaben des Landes, denen sie selbst immer wieder Vorrang beigemessen hat, für eine angemessene Finanzierung zu sorgen. Vor allem die Finanzierung der Bildungsreform, in der sich die CDU gerade in Baden-Württemberg während der letzten Jahre besonders profiliert hat, ist in der Zukunft völlig ungesichert. Dabei gehört es zu den Pflichten des Bundes, für eine angemessene Finanzausstattung der Länder und Gemeinden, die selbst keine Steuerhoheit haben, zu sorgen.

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat trotz der Warnungen der CDU drei schwere Fehler begangen, die die Situation in der Bundesrepublik ganz erheblich verschärft haben.

1. Sie hat in ihrem Regierungsprogramm zu viel versprochen und damit zu große Erwartungen in der Bevölkerung erweckt. Fast alle ihrer Reformprogramme haben sich inzwischen als unrealistisch und undurchführbar erwiesen. Sie hat verkannt, daß nicht nur das Wünschenswerte, sondern auch das Mögliche Orientierungslinie der Politik sein muß.

2. Ihre Steuerpolitik war widersprüchlich. Sie war weder mit den konjunkturpolitischen Erfordernissen der letzten beiden Jahre noch mit den anstehenden Bedürfnissen der öffentlichen Hand abgestimmt. Trotz der von der CDU zugesagten Mitarbeit und Unterstützung hat es die SPD/FDP-Bundesregierung versäumt, eine längerfristige und realistische Bestandsaufnahme künftiger Aufgaben zu erstellen und daraus die politischen Folgerungen zu ziehen. Der Druck der linken Flügel der Koalitionsparteien hat jedoch die Bundesregierung in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt.
3. Sie hat es ferner versäumt, dem Gebot des Stabilitätsgesetzes folgend, den Tarifpartnern für ihre Preis-Lohngestaltung klare Orientierungsdaten zu setzen und deren Respektierung mit der moralischen Autorität der Bundesregierung sowie der Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit durchzusetzen. Die Folge dieser Versäumnisse ist eine bedenkliche Wertminderung der D-Mark, verbunden mit einer nicht mehr auszuschließenden Rezession.

Die CDU hält es für unabdingbar notwendig, daß ein langfristiges Finanzierungskonzept für Bund, Ländern und Gemeinden aufgestellt wird, das die verfügbaren Finanzmittel nach dem Prioritätengewicht der Aufgaben auf die einzelnen Haushaltsebenen verteilt. Nur auf dieser Basis kann eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreicht, die Finanzierung der dringlichsten Staatsaufgaben sichergestellt und verhindert werden, daß von der

öffentlichen Finanzwirtschaft ständig Inflationsimpulse ausgehen. Die Frage von weiteren Steuererhöhungen kann nur im Rahmen eines mehrjährigen Finanzierungskonzepts entschieden werden. Dabei kommen nur Steuererhöhungen in Betracht, die die Lasten gerecht verteilen und die internationale Konkurrenzfähigkeit wie das Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen. Denn steuerliche Maßnahmen, die die Konkurrenzfähigkeit oder das Wachstum beeinträchtigen, führen letztlich zur Einnahmeverminderung. Sie erfüllen damit ihren Zweck nicht, sondern vergrößern nur die Schwierigkeiten. Die Vorschläge der SPD auf dem Steuerparteitag vom November 1971 sind mit diesen Grundsätzen unvereinbar.

9. Landwirtschaft

Die CDU sieht in der Verwirklichung einer modernen Agrarpolitik die Voraussetzung zur Schaffung einer leistungsfähigen Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Dies ist im Gesamtinteresse der Bevölkerung unseres Landes notwendig. Die Landwirtschaft ist von den gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen stärker betroffen als jeder andere Berufsstand. Den besonderen Strukturverhältnissen in unserem Land mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben muß bei der Erstellung und Durchführung der Förderprogramme Rechnung getragen werden. Wir brauchen eine leistungsfähige Landwirtschaft, weil nur sie langfristig die Ernährungsbasis sichert und weil nur mit ihrer Hilfe große Zukunftsaufgaben der Landeskultur und des Umweltschutzes sinnvoll gelöst werden können. Der Marktanteil der heimischen Landwirtschaft, die mit ihren Investitionen einen wichtigen Beitrag zur Vollbeschäftigung leistet, muß auch im Interesse der Verbraucherschaft gesichert werden. Die agrar- und marktstrukturellen Maßnahmen müssen ebenso zur Verbesserung der Lage beitragen wie die Maßnahmen im sozialen Bereich. Die Produktionsüberschüsse im EWG-Raum sind angesichts der Welternährungssituation zeitbedingte Erscheinungen. Deshalb tritt die CDU für eine aktive Entwicklung der ländlichen Räume, für eine rasche Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und für eine kostenorientierte Preispolitik ein.

Die CDU bedauert, daß das von der SPD/FDP-Bundesregierung entwickelte Agrarkonzept - insbesondere das

einzelbetriebliche Förderungsprogramm mit seiner starren Förderschwelle - regionalen Gesichtspunkten nicht gerecht wird und eine ohne soziale Härten sich vollziehende Weiterentwicklung ernsthaft gefährdet. Für das Land Baden-Württemberg hat sie deshalb durch die Agrarstrukturelle Rahmenplanung wesentliche Voraussetzungen für eine Agrarpolitik nach Maß geschaffen. Das auf dieser Grundlage erarbeitete Entwicklungsprogramm für ländliche Räume ist wegweisend für die weitere Gestaltung der Agrarpolitik. Die regionalen Strukturprogramme geben eine konkrete Handhabe für die Durchführung; der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf des Landeskulturgesetzes wird die rechtliche Grundlage schaffen. Wie das Albprogramm, als Teil des Entwicklungsprogramms für ländliche Räume, wird auch der Schwarzwaldplan zu einem echten Strukturprogramm weiterentwickelt werden. Für andere strukturschwache Gebiete werden ähnliche, regionalen Erfordernissen gerecht werdende Programme erarbeitet werden. Die CDU wehrt sich entschieden gegen alle pauschalen Überlegungen, durch welche eine geordnete Weiterentwicklung ihrer Landwirtschaftspolitik gefährdet wird und die letztlich zu einer Verödung landwirtschaftlich schwieriger, landschaftlich reizvoller Erholungsgebiete führen würden.

10. Umweltschutz

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Erhaltung der Landschaft war seit jeher ein wesentliches Ziel der CDU-Landespolitik. (Es ist bemerkenswert, daß neuerdings sogar die sich progressiv gebärdenden Linken im Zusammenhang mit dem Umweltschutz die sonst verpönten und verteufelten Worte "Bewahrung" und "Erhaltung" in ihr politisches Vokabular aufnehmen). Ein Ergebnis der CDU-Politik ist, daß die Zerstörung der Landschaft und die Schädigung der Umwelt in Baden-Württemberg bei weitem nicht den Umfang angenommen hat wie in anderen Räumen, obwohl unser Land das industrie-reichste der Bundesrepublik ist. Nicht umsonst ist Baden-Württemberg zusammen mit Bayern das beliebteste Fremdenverkehrsland.

Die CDU weiß, daß die eigentliche Bewährungsprobe des Umweltschutzes noch bevorsteht. Wir können auf technisch-zivilisatorischen Fortschritt nicht verzichten. Eine Entwicklung aber, die zur Zerstörung jeder menschenwürdigen Umwelt führt, ist nicht fortschrittlich. Sie dient dem Menschen nicht. Es ist deshalb Ziel einer umweltbewußten Politik, nicht nur bereits entstandene Schäden wiedergutzumachen, sondern auch durch vorsorgende Umweltgestaltung neue Belastungen zu verhindern. Das ist ein großes volks- und finanzwirtschaftliches Problem. Die CDU bekennt sich zum Prinzip, daß der Verursacher für die Überwachung und Beseitigung der Umweltschäden verantwortlich ist. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß bestimmte finanzwirksame Umweltaufgaben aus sozialpolitischen

und entwicklungspolitischen Gründen, aber auch mit Rücksicht auf die internationale Wettbewerbslage von der öffentlichen Hand mit den Mitteln des Steuerzahlers getragen werden müssen. Das muß im Rahmen einer Prioritätenordnung für den Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden berücksichtigt werden.

Um eine optimale Koordinierung aller Umweltschutzmaßnahmen zu erreichen und zur Stärkung der politischen Wirksamkeit der Umweltschützenden Aufgaben wird die CDU für die Zusammenfassung der Umweltschutzaufgaben bei einem Ministerium eintreten.

11. Landesentwicklung

Eine humane Gestaltung der natürlichen Umwelt wird nur dann möglich sein, wenn es gelingt, die dezentralisierte Siedlungsstruktur des Landes weiter auszubauen. Deshalb sind nicht nur die Verdichtungsräume, sondern auch die ländlichen Gebiete aktiv zu entwickeln, wie dies dem Grundprinzip des Landesentwicklungsplans und der Praxis der CDU-Politik seit Bildung des Landes entspricht.

Die Erhaltung der Attraktivität der großstädtisch geprägten Industrielandschaften ist für die Gesamtbevölkerung des Landes genauso wichtig wie die Aktivierung der Entwicklungsreserven in den ländlichen Räumen. Keinem Bürger in Baden-Württemberg wäre durch die Zusammenballung zu vieler Menschen auf zu engem Raum gedient - denn die Folgen einer solchen Entwicklung wären auf der einen Seite schwere Umweltschäden und untragbare Sozialkosten, auf der anderen Seite kulturelle Verödung und soziale Erosion. Den Bedürfnissen der neuen Gesellschaft entspricht der Ausbau des Zentralortesystems im ganzen Land; dies erfordert die Bildung von Entwicklungsschwerpunkten. Kein Zentralort kann ohne attraktives Umland, aber auch kein Raum ohne leistungsfähige Zentralorte am Fortschritt teilhaben.

Strukturwandlungen der Wirtschaft sind Voraussetzung und Folge des wirtschaftlichen Wachstums. Sie müssen durch eine marktkonforme, vorausschauende und umfassende Strukturpolitik erleichtert werden.

Entscheidend ist ein an den Bedürfnissen des Marktes orientiertes, qualitatives Wirtschaftswachstum.

Zielsetzung einer regionalen und sektoralen Strukturpolitik der CDU ist, die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs durch eine weitere Hebung der Produktivität zu stärken.

12. Zukunftsplanung

Die CDU lehnt planwirtschaftliche, dirigistische Eingriffe in Gesellschaft und Wirtschaft aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Sie hält aber eine Vorausplanung der öffentlichen Aufgaben für unabdingbar notwendig. Wir werden das in wesentlichen Punkten von der CDU gestaltete baden-württembergische Planungssystem fortentwickeln. Das Ziel ist eine durch Finanzperspektiven abgesicherte und mit dem Landesentwicklungsplan abgestimmte Aufgabenplanung für die Teilbereiche der Landespolitik. Es ist selbstverständlich, daß wir uns diese Aufgabenplanung als eine flexible Konzeption, die neuen Erkenntnissen und Entwicklungen laufend angepaßt werden muß, vorstellen.

Voraussetzung für die Verwirklichung unseres Planungskonzepts ist freilich, daß der Bund endlich durch politische Entscheidung langfristig festlegt, in welchem Rahmen die Länder an den für die öffentliche Hand verfügbaren Finanzierungsmitteln beteiligt sein werden.

13. Gesundheitspolitik

Eine fortschrittliche Gesundheitspolitik muß den Menschen vor den Gefahren der erschwerten Umwelt- und Lebensbedingungen schützen. Aufklärung, Vorbeugung und Heilung nach dem modernsten Stand von Wissenschaft und Technik muß allen Menschen in gleicher Weise zugute kommen. Ein verstaatlichter Gesundheitsdienst wird von der CDU abgelehnt. Die Unabhängigkeit und berufständische Selbstverantwortung soll den Heilberufen erhalten bleiben.

Die Krankenhausplanung der CDU hat zum Ziel: Bereitstellung bedarfsgerecht gegliederter und leistungsfähiger Krankenhäuser, die den berechtigten Ansprüchen der einzelnen Patienten entgegenkommen. Die öffentliche Hand soll die Errichtung, Erhaltung und Modernisierung der Krankenhäuser finanzieren. Die übrigen Kosten sollen durch die Benützer, bzw. durch deren Versichertengemeinschaften aufgebracht werden.

Eine Verbesserung des Unfallrettungsdienstes erfordert den Ausbau der Notfallmedizin, die Einführung einheitlicher Notrufnummern im Bundesgebiet, öffentliche Fernsprecher mit münzfreiem Notruf, die Vermehrung der hauptberuflichen Sanitäter und die Funkausstattung für alle Rettungswagen, den Einsatz des Bundeswehrsanitätsdienstes, die Einführung eines einheitlichen Notfallausweises.

Die Allgemeinmedizin sowie die Arbeits- und Sozial-
medizin müssen insbesondere durch die Errichtung ent-
sprechender Lehrstühle an den Universitäten gefördert
werden.

Dem sich ausbreitenden Suchtmittelmißbrauch soll
durch eine umfassende Aufklärung entgegengewirkt werden.
Die CDU verlangt schärfstes Vorgehen gegen die Rausch-
gifthändler.

14. Demokratie und Rechtsstaat

Die CDU wird mit allen Konsequenzen für die Erhaltung und Fortentwicklung des demokratischen Rechtsstaats eintreten. Die größte Gefahr für die Demokratie ist die Indifferenz der Demokraten. Deshalb ist die Aktivierung des demokratischen Bewußtseins der Bevölkerung ein wesentliches Ziel der CDU, in dessen Verfolgung sie sich mit der großen Mehrheit der übrigen demokratischen Parteien einig weiß.

Demokratie und Rechtsstaat bedürfen aber auch des Schutzes nach außen. Deshalb steht die CDU zur Bundeswehr. Der Dienst in der Bundeswehr ist zur Friedenssicherung, aber auch zur Erhaltung der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung notwendig. Das Recht auf Wehrdienstverweigerung darf weder mißbraucht noch geschmälert werden.

Wer auf dem Boden des demokratischen Rechtsstaats stehen will, muß auch die Gesetze beachten, die dieser erlassen hat. Wer rechtlich gesicherte Positionen in Anspruch nimmt oder sogar fordert, um gegen das Recht zu verstoßen und Rechte anderer zu verletzen, handelt nicht nur inkonsequent, sondern beweist, daß er kein Demokrat ist. Die CDU beobachtet den wachsenden Einfluß radikaler Gruppen mit Nüchternheit, aber auch in fester Entschlossenheit, das Überhandnehmen links- und rechtsradikaler Praktiken zu verhindern. Sie wird insbesondere darauf achten, daß die im Zusammenhang mit dem ostpolitischen Kurs der Bundesregierung zu beob-

achtende Neigung, linksradikale Gruppen gewähren zu lassen, nicht selbstmörderische Ausmaße annimmt.

Die Wiederherstellung der inneren Sicherheit ist kein restauratives Anliegen, sondern eine zwingende Voraussetzung jeder Fortentwicklung. Die CDU unterstützt die Arbeit der Polizei, der Richter und Staatsanwälte im Kampf gegen die Kriminalität. Die CDU will zum Schutz der Öffentlichkeit vor Wiederholungstätern und Berufsverbrechern eine Reform des Haftrechts verwirklichen.

15. Staatsorganisation, Föderalismus, Selbstverwaltung

Planung und Aufgabenvollzug lassen sich nach Auffassung der CDU organisatorisch am besten lösen, wenn möglichst viel Verantwortung auf leistungsfähige Länder und kommunale Körperschaften übertragen wird. Dies setzt freilich voraus, daß jene Aufgaben, die vernünftigerweise nur zentral erfüllt werden können, den übergeordneten Ebenen ungeschmälert erhalten bleiben und zugewiesen werden. Da sich wichtige staatliche Funktionen selbst auf Bundesebene nicht mehr sinnvoll lösen lassen, hält die CDU daran fest, daß die politische Einigung Westeuropas vorangetrieben und daß die Kompetenzen der europäischen Institutionen im Ordnungs- und Leitungsbereich erheblich erweitert werden müssen. Für die Bundesebene im Verhältnis zur Länderebene gilt das gleiche; hier ist durch die Finanzreform ein weiterer politischer Handlungsspielraum geschaffen worden.

In der Übertragung von Verantwortung auf höheren Ebenen, die ebensogut oder besser von nachgeordneten Ebenen getragen werden könnte, vermag die CDU aber keinerlei Vorteile, sondern nur Nachteile zu sehen. Die wesentlichen Nachteile sind Einbußen bei der demokratischen Mitwirkung, Verluste für Initiative und Effizienz, Bürokratisierung, problemferne und mangelhafte Koordination als Folge übermäßiger Spezialisierung.

Aus dieser Grundposition heraus tritt die CDU im Rahmen der Verwaltungsreform für eine erhebliche Kräftigung der kommunalen Selbstverwaltung ein.

Die CDU hält es für notwendig, daß im Rahmen der Verwaltungsreform auch eine Regierungsreform erfolgt.

Ihre wesentlichen Ziele müssen sein:

Die bessere Angleichung der Zuständigkeitsbereiche der Ministerien an die modernen Staatsfunktionen und die Verstärkung der politischen Verantwortlichkeit der Staatsführung.